Antrag

der Abg. Frank Bonath und Rudi Fischer u. a. FDP/DVP

Steuerpflichten bei „neuen“ Einkommensarten wie etwa bei Influencern

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie „Influencer“ definiert und wie viele durch die baden-württembergische Steuerverwaltung in den letzten sechs Monaten überprüft wurden;
2. bei wie vielen davon wurden prozentual Unregelmäßigkeiten bei der Erklärung der Einkünfte aus den Social-Media-Aktivitäten festgestellt;
3. mit welcher Summe sie dadurch Mehreinnahmen erwartet;
4. inwieweit sie hier Hilfestellung bei der korrekten Einordnung der Einkünfte anbietet;
5. inwieweit sich die Einnahmen aus Social-Media-Accounts unter die bekannten Einkunftsarten fassen lassen oder ob man hier eine „neue“ Einkunftsart schaffen muss;
6. von welchen steuerrechtlichen Erleichterungen Influencer profitieren können, ggf. nach einer entsprechenden (Selbst-)Einstufung;
7. welche Maßnahmen sie seit 2020 ergriffen hat, um die Steuerpflicht von Influencern gezielt zu überprüfen, insbesondere hinsichtlich der Deklaration von Einkünften aus Social-Media-Aktivitäten;
8. wie hoch der geschätzte Steuerschaden durch nicht oder unvollständig deklarierte Einkünfte von Influencern in Baden-Württemberg für die Jahre 2020 bis 2024 ist und welche Datenquellen (zum Beispiel Plattformdaten, Steuerprüfungen) hierzu vorliegen;
9. welche Schritte sie plant, um die Aufklärung und Beratung von Influencern, insbesondere Kleinst- und Mikro-Influencern, über ihre steuerlichen Pflichten zu verbessern, etwa durch Informationskampagnen oder Kooperationen mit Kammern und Verbänden;
10. wie sie die Wirksamkeit der bestehenden Kontrollmechanismen (zum Beispiel Datenaustausch mit Social-Media-Plattformen, Betriebsprüfungen) zur Erfassung von Social-Media-Einkünften bewertet und welche zusätzlichen Maßnahmen sie plant, um Steuerhinterziehung in diesem Bereich zu minimieren;
11. ob Pläne bestehen, die Zusammenarbeit mit internationalen Plattformen (zum Beispiel Instagram, YouTube, TikTok) zu intensivieren, um die Nachverfolgung von Einkünften aus grenzüberschreitenden Kooperationen zu erleichtern;
12. welche Rolle Sachleistungen (zum Beispiel kostenlose Produkte, Reisen) in der Steuerhinterziehung durch Influencer spielen und wie sie mit der Bewertung und Erfassung solcher Leistungen umgehen wird;

13. ob sie plant, zu beantragen, die Kleinunternehmerregelung (§ 19 UStG) für Influencer zu überprüfen oder anzupassen, um die steuerliche Erfassung zu vereinfachen und die Nachvollziehbarkeit zu erhöhen;
14. ob sie grundsätzlich in den letzten beiden Jahren eine „Kampagne“ für mehr Überprüfungen von steuerpflichtigen Privatpersonen und Unternehmen ausgerufen hat;
15. wenn ja, in welche Richtung bzw. welche Einkunftsarten hier in den Blick genommen wurden und inwieweit es hier Mehrprüfungen gab bzw. gibt.

18.8.2025

Bonath, Fischer, Reith, Dr. Jung, Brauer, Haußmann, Birnstock, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Im SWR vom 24. Juli 2025 wurde über eine vermehrte Überprüfungstätigkeit der Steuererklärungen bei sogenannten „Influencern“ berichtet. Die wachsende Bedeutung von Social-Media-Plattformen als Einkommensquelle hat die Anzahl von Influencern in Baden-Württemberg stark erhöht. Viele, insbesondere Kleinst- und Mikro-Influencer, sind sich ihrer steuerlichen Pflichten nicht bewusst oder deklarieren Einkünfte (inklusive Sachleistungen) unvollständig, was zu Steuerausfällen führt. Gleichzeitig erschweren die Vielzahl der Einkünfte (zum Beispiel Barter-Deals, internationale Kooperationen) und der digitale Charakter dieser Tätigkeiten die Kontrolle durch die Finanzverwaltung. Eine gezielte Aufklärung, verbesserte Kontrollmechanismen und eine stärkere Zusammenarbeit mit Plattformen könnten die Steuercompliance verbessern und die Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen sicherstellen. Seither werden offenbar die Einnahmen von Influencern als Einnahmen aus Gewerbe angesehen, wenn sie einen gewissen Schwellenwert überschreiten. Die Frage ist, ob dies sachgerecht ist oder ob dieses Phänomen eine neue Kategorisierung benötigt. Gleichzeitig erreichen uns Berichte über eine gefühlt höhere Prüfungstätigkeit der Steuerverwaltung, die landläufig mit den größer werdenden Haushaltslöchern von Bund und Land in Verbindung gebracht wird.